

Die "Arbeit" erscheint täglich, am Montag und Dienstag nur einmal, an den Unterhaltungsbeilagen "Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend". Der Bezugspreis beträgt für den Postweg nehmen sämtliche Postanstalten 25.- M., im voraus zahlbar. Der Postweg nehmen sämtliche Postanstalten 25.- M., im voraus zahlbar. Der Postweg nehmen sämtliche Postanstalten 25.- M., im voraus zahlbar.

Die Jahrgangspostkarte oder deren Raum kostet 10.- M., einschließlich Anzeigen. Kleiner Anzeigen: Das leigebundene Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigen. Kleiner Anzeigen: Das leigebundene Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigen. Kleiner Anzeigen: Das leigebundene Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigen.

# STREIF

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Gegen die Verelendung der Arbeiterklasse!

### Die Justiz in Sowjetrußland

#### Tagung der Spitzenverbände

**Gemeinsame Beratung der Lohn- und Gehaltsfragen**  
Die Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, AFD-Bund, Deutscher Beamtenbund, Gesamtverband der Beamten und Staatsangestellten-Gewerkschaften (Deutscher Gewerkschaftsbund) und Gewerkschaftsbund trafen gestern zu einer Sitzung zusammen, um über die schwebenden Lohn- und Gehaltsfragen gemeinsam zu beraten. Es wurde übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß eine Zusammenarbeit aller Spitzenorganisationen in diesen Fragen notwendig sei. Für die Vorbereitung der Verhandlungen und die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde ein Ausschuss eingesetzt, der aus je einem Vertreter der fünf Spitzenorganisationen gebildet wird. Diesem Ausschuss liegt auch die Information der Presse ob, die in Zukunft in einheitlicher Weise erfolgen wird.

#### Die Leipziger Messe

##### Besuch des Reichspräsidenten

Leipzig, 7. März.

W. I. B. berichtet: Der dritte Meßtag erhielt durch die Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert sowie der Vertreter der einzelnen deutschen Landesregierungen eine besondere Auszeichnung. Im neuen Rathaus fand vormittags eine Begrüßung des Reichspräsidenten und der übrigen Herren statt. Der Direktor des Meßamtes, Dr. Köhler, wies darauf hin, daß die diesmalige Messe einen Besuch wie noch nie zuvor aufweise. Im weiteren betonte er, gestützt auf Zahlenmaterial, die Internationalität der Leipziger Messe. Sie zähle auf mehr preussische Aussteller, als die Messen zu Frankfurt, Königsberg und Breslau zusammen. Die Leipziger Messe sei sonach die größte preussische Messe. Mit Rücksicht hierauf gab er der Erwartung Ausdruck, daß die preussische Regierung nicht wieder für eine Kürzung des Reichszuschusses eintreten möge. Reichswirtschaftsminister Schmidt gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Leipziger Messe dazu beitrage, die internationalen Handelsbeziehungen wieder zu beleben, weshalb er alle darauf gerichteten Bestrebungen gern unterstütze, gelte es doch, die alten Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen und das Verlorene wieder zu gewinnen. Auf würdige gleichfalls die Bedeutung der Leipziger Messe, die eine Werkstatt der Welt und ein Handelshaus für die Welt sein solle.

An die Begrüßungsfeier schloß sich eine Führung durch die verschiedenen Teile der Messe. Die Zahl der ausgegebenen geschäftlichen Meßausweise hat sich gegen den Vortag um weitere 10 000 erhöht. Der Auslandsbesuch hat weiterhin in sehr starkem Maße zugenommen. Das Geschäft auf der Messe wird in allen Branchen als überaus groß bezeichnet. Viele Firmen haben die Annahme weiterer Aufträge überhaupt ablehnen müssen oder zum mindesten sich längere Lieferfristen ausbedungen. Erwähnt sei nur die Spielwarenindustrie. Die Bedarfsüberholung ist hier derart groß, daß einzelne Firmen bis zur nächsten Messe mit Aufträgen versehen sind. Auf der Tabakmesse ist das Geschäft durchweg gut, besonders in der Zigarettenindustrie. Auf der technischen Messe sind auch heute sehr gute und große Abschlüsse in fast allen Branchen zustande gekommen. Viele Werke, besonders der Werkzeugmaschinenindustrie, haben bereits ihre Fertigung für eine bedeutende Zeitspanne ausverkauft, so daß sie weitere Ordres nicht buchen können. Die Metallindustrie verzeichnet eine große Anzahl neuer Geschäftsaufträge. Das gleiche gilt von der Armaturenindustrie.

Für die Arbeiterschaft ist dieses Bild leider nicht so glänzend. Die reichen Erfolge der Unternehmer werden erkaufte durch die schlechten Löhne, die sie den Arbeitern zahlen. Während sie dem Kapital infolge der fortschreitenden Geldentwertung immer neue Profitmöglichkeiten bieten, lastet die Verteilung mit ständig steigender Schärfe auf der minderbemittelten Bevölkerung. Von diesen Dingen ist bei den Begrüßungsreden allerdings nicht gesprochen worden. Man hat anscheinend überhaupt nicht der Arbeiter gedacht, die doch erst alle die Herrlichkeiten erzeugen, von denen die Leipziger Messe Zeugnis ablegt.

#### Die Industriekrise in Oesterreich

Wien, 7. März. (Intel.)

Die "Arbeiterzeitung" nimmt in einem Leitartikel zu der drohenden Industriekrise Stellung, die nun auch Deutsch-Oesterreich erfaßt hat. Bisher habe die Entwertung des Geldes Arbeitslosigkeit und Lohnrückgang hinterlassen, aber in den letzten Monaten habe die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie immer mehr gelitten. Das Fallen des Marktkurses in den letzten Wochen habe besonders dazu beigetragen, daß heute der österreichischen Industrie die Abnahmefähigkeiten immer mehr genommen werden. Die Konjunkturkrise bedeute eine Wendung im gemeinschaftlichen Kampf und es werde von der Geschlossenheit der Arbeiterklasse abhängen, ob sie sich auch in der neuen Konjunkturphase behaupten können.

Montag nachmittag hielt die Arbeiterkammer unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Domes eine siebenstündige Vollversammlung ab, in der vor allem die Arbeitslosenfrage besprochen wurde. In Oesterreich gibt es gegenwärtig rund 45 000 Arbeitslose. Die angenommene Resolution tritt für die Forderungen

der sozialistischen Partei ein u. a. für die Ausführung von Notstandsarbeiten (Bau von Telefon- und Telegraphenanlagen), Auflegung einer Investitionsanleihe und einer Anleihe für Wohnbauzwecke zur Belebung der Bauwirtschaft. Ferner wird eine zeitgemäße Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung usw. gefordert.

Die gestrige Ausgabe der "Roten Fahne" wurde beschlagnahmt, da sie in einem Manifest, in dem sie die Massen zu Kundgebungen für die kommunistische Partei und gegen das Finanzprogramm der Regierung aufrief, sehr scharfe Angriffe gegen die Regierung enthielt. In ihrer heutigen Ausgabe ruft die "Rote Fahne" neuerdings die Arbeiter zu Kundgebungen gegen das Finanzprogramm der Regierung, gegen die geplante Verwendung der Kredithilfe auf.

#### Vor schweren Kämpfen

##### Die drohende Aussperrung in England

Aus London wird uns geschrieben: Eine schwarze Wolke zieht am Wirtschaftshimmel herauf: die drohende Aussperrung der Heizer und Maschinisten, die zeitlich zusammenfällt mit dem Streik im Schiffsbau. Die Werftarbeiter, denen eine allmähliche Lohnsenkung von 2½ Schilling (1 Schilling = 1 Goldmark, bei dem jetzigen Kursstand 1 Schilling = 52 Mark) pro Woche zugemutet wurde, haben mit 110 882 gegen 10 788 Stimmen diese Zumutung zurückgewiesen.

Der Streikfall mit den Heizern und Maschinisten hat seine unmittelbare Ursache nicht in Lohnstreitigkeiten, sondern in der Frage der Ueberstunden. In diesem Beruf war es Brauch, daß Ueberstunden nur mit Zustimmung der Arbeiter gemacht wurden. Diesen Brauch wollten die Arbeitgeber beseitigen, oder ihre in dieser Richtung gemachten Vorschläge wurden von den Heizern und Maschinisten mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt. Nunmehr suchen die Arbeitgeber um eine Besprechung nach. In seiner Antwort auf die Einladung der Unternehmer schrieb der Verband der Heizer und Maschinisten, daß auch noch andere Fragen bei der Besprechung geregelt werden könnten, aber davon wollten die Unternehmer nichts wissen; nach ihrer Meinung sollte ausschließlich über die Frage der Ueberstunden gesprochen werden. Und jetzt ist die Sache soweit gediehen, daß die Unternehmer eine Aussperrung planen, um die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und ihren Arbeitern, die Arbeitsbedingungen und die Lohnfrage zu regeln.

Ursprünglich war bei Ueberstunden bestimmt worden, daß auch bei regulärer Produktion die Maschinisten wegen Ueberstunden gefragt werden müßten. Ueberstunden waren hingegen erlaubt bei Reparaturarbeiten, Arbeiten zur Aufrechterhaltung des Betriebs, bei Betriebsstörungen oder bei Vollerzeugnissen zu bestimmten Terminen. Wenn die Maschinisten bei regulärer Arbeit Ueberstunden ablehnen, so verweisen sie hierbei mit vollem Recht auf den Umstand, daß ein Teil der Kollegen arbeitslos ist und der andere bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt ist. Diesen Kollegen wollen sie das Brot nicht wegnehmen.

Indessen die Arbeitgeber sehnen sich nach einem Kampfe. Sie haben die Aussperrung für den 11. März verfügt und wenn sie durchgeführt wird, werden etwa 1 300 000 Arbeiter direkt oder indirekt davon berührt werden. Wenn es auch zu einer Aussperrung der Werftarbeiter kommt, was nach dem letzten Abstimmungsresultat nicht unwahrscheinlich ist, so wird die Zahl der Aussperrten sich insgesamt auf 3 000 000 belaufen.

Im Bergbau ist die Lage eine für die Bergleute recht ungünstige. 118 143 Bergleute sind als arbeitslos eingetragen und weitere Tausende Arbeitslose sind nicht eingetragene, während noch mehr Tausende verkürzt arbeiten. In zehn von 23 Kohlenrevieren wird ein um 20 Prozent höherer Lohn als im Jahre 1914 bezahlt, während die Kosten der Lebenshaltung um 80 bis 90 Prozent höher sind. Aber dieser Lohnsatz gilt nur für die voll Beschäftigten; ein guter Teil ist aber nicht voll beschäftigt. Das bedeutet Hunger. Aber lange kann dieser Zustand nicht andauern, denn die Armen-Behörden im ganzen Lande sind bankrott. Wir leben deshalb auf einem Vulkan. — In der chemischen Industrie schreiten die Arbeiter zur Abwehr gegen eine Lohnreduktion von 3 Pence (etwa 13 Mark nach dem gegenwärtigen Stand der Valuta) pro Stunde. Durch den Streik ist fast die gesamte chemische Industrie in Südwales betroffen und wenn er nur noch kurze Zeit anhalten sollte, wird die Weiskleindindustrie, die auf die von der chemischen Industrie gelieferten Säuren angewiesen ist, davon berührt und im Gefolge dann die großen Stahlwerke, falls sie nicht bereits infolge der Maschinisten-Aussperrung zum Schließen gezwungen sind.

#### Die Krise in den Siegerländern

##### Vor einem Kohlenarbeiterstreik in Amerika

London, 7. März.

Der Washingtoner Berichterstatter der "Morning Post" meldet, es werde für ganz sicher gehalten, daß am 1. April ein großer Kohlenarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten ausbrechen werde. Alle Versuche der Regierung, eine Einigung herbeizuführen, seien fehlgeschlagen.

Von einem russischen Genossen wird uns geschrieben:

Für den in russische Verhältnisse einigermaßen Eingeweihten war es ohne weiteres klar, weshalb gerade der Volkskommissar für das Justizwesen in einem Interview mit der russischen Radioagentur "Weinil" in so entschiedener Weise der plötzlichen und in größter Eile betriebenen Justizreform das Wort gesprochen hat. Hier lag wohl derselbe Grund vor, der den 9. allrussischen Parteitag eine besondere Resolution anzunehmen veranlaßte, in der die Notwendigkeit, die Machtbefugnisse der außerordentlichen Kommissionen einzuschränken, vorgesehen wird. Mit anderen Worten: Nicht das Bewußtsein der vollständigen Unhaltbarkeit der Justizverhältnisse in Sowjetrußland war in erster Linie maßgebend, nicht der Schrei der Bevölkerung nach Recht und Gerechtigkeit, ein Schrei, der schon seit langem die Tauben hörend machen mußte, sondern der Wunsch, nach außen hin den Schein zu erwecken, als ob die Sowjetregierung durch die Entwicklung der innen- und außenpolitischen Lage der Bevölkerung die Möglichkeit erhalten habe, wieder die Rechtsicherheiten zu gewährleisten, die durch die Zwangslage der Revolution aufgehoben werden mußten. Also nicht so sehr das tief empfundene Bedürfnis, den Massen die elementarsten Rechtsgarantien zu gewähren, sondern der Druck der vom ausländischen Kapital diktierten Notwendigkeit, den Versuch zu machen, Rußland zu einem Rechtsstaat zu gestalten, ist hier das Ausschlaggebende.

Bei dem aller Welt bekannten Machiavellismus der Sowjetregierung liegt aber in dieser Sache die größte Gefahr für die wirkliche Durchführung einer einschneidenden Justizreform. Eine kleine Erinnerung dürfte hier am Platze sein. Als im Januar 1920 die Todesstrafe abgeschafft wurde, da geschah das nur unter dem Druck Englands, das nicht eher mit der Sowjetregierung in irgendwelche Verhandlung treten wollte. In Wirklichkeit jedoch schob die Tscheka von diesem Zeitpunkt ab, nachdem sie sich beeilt hatte, in der Nacht nach der Abschaffung der Todesstrafe noch einige hundert Verhaftete zu erschließen, diejenigen Todesurteilen an die Front ab, in deren Fällen die kriegsrevolutionäre Tribunale das Recht, Todesurteile auszusprechen, beibehalten hatten. Und kaum waren sechs Monate ins Land gegangen, so erhielten die Gouvernements Tribunale von dem Generalstaatsanwalt der Republik Krjlenko die Vorschriften, ihre laxen Haltung gegenüber den Verbrechern fahren zu lassen und ausgiebiger Gebrauch von der Todesstrafe zu machen. Damit war auch für die Tscheka das Signal gegeben, mit der Todesstrafe fortan nicht mehr zu sparen. Dieses war nur möglich, weil außerordentlich eine Zurückhaltung nicht mehr nötig schien.

Es soll allerdings nicht verkannt werden, daß die Dinge augenblicklich in dieser Beziehung anders liegen als damals. Die neue Wirtschaftspolitik, die verhältnismäßige Ellenbogenfreiheit, die das inländische Kapital hat, und die Lobhudelei vor dem Ausländischen, bringt es mit sich, daß die Sowjetregierung durch die zwingende Logik der Ereignisse den Weg zum Rechtsstaat beschreiten muß. Das gibt wenigstens eine gewisse Gewähr für die weitere normale Entwicklung der Dinge.

Doch noch andere Schwierigkeiten stellen sich einer Justizreform entgegen. Das rechtliche Chaos, in dem die Bevölkerung im Laufe von vier Jahren lebt, die unbeschreibliche Demoralisation, die die Willkürherrschaft der außerordentlichen Kommissionen in den Massen der Bevölkerung und unter den Beamten verbreitet hat, die grenzenlose Bestechlichkeit der Justizorgane wird einer Gesundung der Justizverhältnisse ungeahnte Hindernisse in den Weg legen. Der heikelste Punkt, mit dem jede wahre Justizreform steht und fällt, ist stets die Personalfrage. Mit dem irigen Standpunkt, daß der Richter nach Möglichkeit Mitglied der kommunistischen Partei sein muß und nicht unbedingt einen gewissen Bildungsgrad zu besitzen braucht, ist nur teilweise gebrochen. Der Nachwuchs von psychologisch und kriminalpolitisch geschulten Juristen fehlt, die alten Justizbeamten, Staatsanwälte und Richter, in erster Linie die Untersuchungsrichter, haben schon seit Jahr und Tag andere staatliche Unterkunft gefunden, und sie werden schließlich ihre Stellen verlassen, um allerhand Ueberlassungen in der Justizverwaltung preisgegeben zu sein. Noch komplizierter dürften sich die Dinge in bezug auf die Anwendung der neu auszuarbeitenden zivilrechtlichen Normen gestalten. Sich in ihnen zurechtfinden, können nur durchgebildete Juristen, und solche in genügender Anzahl herbeizuschaffen, wird eine schier unmögliche Aufgabe sein.

Die geplante Justizreform ist nicht zuletzt der Gruppe der kommunistischen höheren und niederen Justizbeamten zu verdanken, denen es mit der Justizreform bitter ernst war. Sie wird auch von weiten Kreisen der Kommunisten freudig begrüßt werden. Die früheren Rechtsanwälte und Richter, die in den Justizabteilungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, tragen auch nicht wenig zur Förderung des Rechtsbewußtseins bei. Und trotzdem entstehen berechtigter Zweifel, ob es den damit beauftragten Organen gelingen wird, eine wahrhaft fortschrittliche Strafrechts- und Strafprozedurreform in die Wege zu leiten. In dieser Beziehung ist wohl besonders bezeichnend die Tatsache, daß die Reform, die doch in erster Linie die administrative Willkür der außerordentlichen Kommissionen unmöglich machen soll, sich nur auf eine

Sicherstellung der Sachverhältnisse (Verbot von Requisitionen und Enteignungen), sofern sie ihren Ausdruck im Zivilrecht und Zivilprozeß findet, und auf die Schaffung gewisser gesetzlicher Normen für die einzelnen Rechtsverleher beschränkt. Die sogenannten „politischen Verbrecher“ bleiben nach wie vor der Willkür der Außerordentlichen Kommission preisgegeben.

So ist die von dem allrussischen Zentralvollzugsrat neuerdings dekretierte Auflösung der Außerordentlichen Kommission in Wirklichkeit nichts anderes als ein recht durchsichtiges Falschspiel. Diese Kommissionen waren ja schon im letzten Jahr in der Hauptsache nichts anderes, als politische Polizeibehörden des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten. Das einzige Neue bei der Reform besteht darin, daß nun endlich die gemeinen Verbrecher mit Ausnahme des sogenannten Banditismus (in Wirklichkeit gewöhnliche Raubüberfälle), der Eisenbahndiebstähle und des Grenzschmuggels, vollständig in die Hände der Kriminalpolizei und der Justizorgane übergehen. Hierin liegt zweifelsohne ein Fortschritt. Die Personen jedoch, die es wagen sollten, in irgendeiner Weise sich der Sowjetregierung gegenüber politisch unliebsam zu erweisen, unterliegen auch nach der so feierlich angekündigten Reform dem administrativen Gutdünken der großen und kleinen Gewaltthaber in der Person der Vorsitzenden der neu hergestellten politischen Abteilungen. Es ist nichts anderes, als die frühere „Džuranta“, allerdings mit dem Unterschied, daß unter dem Jargonismus eine Forderung im Gefängnis auf unbestimmte Zeit durch die politischen Polizeiorgane nicht möglich war, während das jetzt gestatteter werden soll. Die neue „Džuranta“ wird das Recht besitzen, durch ihre niederen Organe im Notfall Verhaftungen und Hausdurchsuchungen auch ohne entsprechende Order der politischen Abteilung vorzunehmen. Die Sanktion zu diesen Handlungen wird binnen 48 Stunden in jedem Falle eingeholt werden müssen. Im Laufe von zwei Wochen soll der Anklagegrund bekanntgegeben werden, und nach Ablauf von zwei Monaten soll entweder die Uebergabe der ganzen Angelegenheit an die Justizbehörden erfolgen oder auf eine Uebertragung auf unbestimmte Zeit erkannt werden.

Bei dieser Sachlage entstehen begründete Bedenken, ob es den leitenden Köpfen der bolschewistischen Parteipolitik mit der Justizreform wirklich ernst ist, und, ob dieser Versuch, sollte es ihr auch damit ernst sein, unter den obwaltenden Verhältnissen nicht ebenso geringe Erfolge zeitigen wird, wie die Versuche auf ökonomischem Gebiet. Man kann auch nicht ohne weiteres die Befürchtung von sich weisen, ob das Volkskommissariat für Justizwesen sich wie schon oft nicht den höheren Weisungen wird folgen müssen, und die eingeleitete Reform zu Ende zu führen in der Lage sein wird. Eins steht auf alle Fälle fest: Nur die gänzliche, unmaskierte Aufhebung der Außerordentlichen Kommissionen, die völlige Auflösung ihres ganzen Untersuchungs- und Vollzugsapparates samt der ihr unterstellten bewaffneten Macht, nur die strikte Durchführung der elementaren Garantien der Persönlichkeit kann Rußland wieder zu einem Rechtsstaat werden lassen. Man kann nur von ganzem Herzen wünschen, daß es wirklich so schnell dazu kommt. Das fordert gebieterisch das Interesse des Proletariats der ganzen Welt.

## Die Frankfurter Konferenz

Der „Vorwärts“ hat es nicht unterlassen können, dem schlechten Beispiel der „Roten Zäune“ zu folgen und nachträglich einen völlig unrichtigen und tendenziösen Bericht über die Frankfurter sozialistische Konferenz zu veröffentlichen. Der Zweck dieses Berichtes ist, eine angeblich tiefgehende Differenz zwischen der französischen sozialistischen Partei und der U. S. P. zu konstruieren. Dazu ist zu sagen, daß diese Differenz nicht besteht. Wie schon Genosse Bloch in seinem bei uns veröffentlichten Artikel darlegte, gab es in der Sitzung, in der die Resolution über die Reparationsfrage angenommen wurde, einen kleinen Zwischenfall, als es den französischen Genossen schien, daß von deutscher Seite ein Vorbehalt in der Anerkennung der Reparationsverpflichtungen gemacht werde. Dieses Mißverständnis wurde jedoch bald aufgeklärt, und auch in dieser Frage die vollste Einmütigkeit zwischen unserer Partei und den französischen Genossen festgestellt.

Wir bedauern es, daß der „Vorwärts“ durch seine Veröffentlichung den Versuch unternimmt, die Parteien, die zur Wiener Arbeitsgemeinschaft gehören, durcheinander zu hehen und nach außen hin die Dinge so darzustellen, als ob tiefgehende Differenzen zwischen diesen Parteien beständen. Das Werk der internationalen Zusammenarbeit der verschiedenen sozialistischen Parteien, das in Frankfurt begonnen wurde, wird durch derartige Praktiken jedenfalls nicht gefördert.

## Verfassung und Hochverrat

### Die Begründung des Urteils gegen Jagow

Die schriftliche Begründung des Urteils im Jagow-Wangenheim-Schiele-Prozeß, der im Dezember 1921 vor dem Reichsgericht die ganzen Vorgänge des Kapp-Putsch ausrollte, ist erschienen. Sie umfaßt 65 Seiten, so daß eine wörtliche Wiedergabe ausgeschlossen ist. Das ist aber auch nicht nötig, da diese schriftliche Begründung nur eine ausführlichere Ausarbeitung der am Schlusse des Prozesses mündlich gegebenen ist, die wir seinerzeit in der „Freiheit“ Nr. 596 vom 22. Dezember 1921 wiedergegeben haben. Von bleibendem Interesse ist indes die staatsrechtliche Begründung, auch im Hinblick auf die zu erwartende neue Rappkommission. Es seien deshalb folgende Stellen des Schriftsatzes wiedergegeben:

Die Verfassung des Deutschen Reiches, wie sie von der Nationalversammlung in Weimar beschlossen worden ist, ruht auf dem Grunde der Volkssouveränität. Artikel 1 bestimmt:

Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Es bedeutet daher den Versuch einer grundlegenden Aenderung dieser Verfassung, wenn es jemand unternimmt, das Volk aus seiner Stellung als Träger der Staatsgewalt zu verdrängen und an die Stelle der Herrschaft des Volksganzen eine Diktatur treten zu lassen, d. h. die Alleinherrschaft eines einzelnen oder einer einzelnen Volksklasse. Ein solches Unternehmen haben sich Kapp und Lüttich in den Tagen vom 13. bis 17. März 1920 schuldig gemacht, und da sie sich zur Durchführung ihres Vorhabens des Mittels der Gewalt bedient haben, fällt ihnen im Sinne der §§ 81 Nr. 2, 82 StGB. ein Verbrechen des Hochverrats zur Last. Die strafrechtlichen Bestimmungen über Hochverrat schützen die Verfassung in ihrer jeweilig bestehenden Form, keineswegs nur in der Gestalt, wie sie gerade zur Zeit des Erlasses des Strafgesetzbuchs bestand. Der Artikel 178 Abs. 2 der jetzt geltenden Reichsverfassung hat alle Gesetze und Verordnungen des Reiches, soweit ihnen diese Verfassung nicht entgegensteht, für in Kraft bleibend erklärt. . . . Durch den Rapp-Putsch war die gesamtstaatliche Abhängigkeit der demokratisch-republikanischen Staatsform geplant, und man findet kein Wort davon, daß nur geplant worden war, die Reichsregierung zur Er-

füllung gewisser politischer Forderungen anzuhalten. Die Ausrückung einer Diktaturgewalt enthält aber im demokratisch-republikanischen Staatswesen, wie wir es in Deutschland haben, unter allen Umständen eine Aenderung der Verfassung, gleichviel, ob sie als Selbstzweck gedacht war oder nur als Mittel zur Erreichung anderer Zwecke, denn sie stellte das bisherige Verhältnis der öffentlichen Gewalten im Reiche geradezu auf den Kopf und zwang das deutsche Volk, unter einer Staatsform zu leben, die das Gegenteil von dem war, was die Weimarer Verfassung bot und forderte.

Diese staatsrechtliche Begründung enthält in sich eine, wenn auch nicht klar ausgesprochene Anerkennung des Rechtes der Revolution. Hochverrat ist der Versuch der gewalttätigen Verfassungsänderung nur dann, wenn er nicht gelingt; gelingt er und wird — wie 1918 — die neue Staatsform unter Anerkennung der die öffentliche Gewalt schützenden Gesetze fest gegründet, so ist die neue Staatsform rechtmäßig; jeder Versuch, sie zu ändern, ist, wenn er mißlingt, Hochverrat, auch wenn er darauf gerichtet ist, die frühere Staatsform wiederherzustellen.

## Sozialistischer Studentenfongress in Leipzig

Der „Sozialistische Studentendebund Deutschlands“ veranstaltet in der Zeit vom 15. bis 17. März 1922 in Leipzig einen Kongreß sämtlicher sozialistischen und kommunistischen Studenten Deutschlands, der grundlegende Bedenken für die sozialistische Studentenbewegung bekommen wird. Besonders durch die Teilnahme ausländischer Studenten-Genossen — der geeinte Verband der Österreichischen sozialistischen und kommunistischen Studenten und Akademiker wird unter anderen vertreten sein — werden die Fragen der sozialistischen Intellektuellen, ihre Stellung zum handarbeitenden Proletariat, ihre ideale und organisatorische Grundlage eine Klärung erfahren.

Die Tagesordnung des Kongresses wird alle wesentlichen Probleme einbeziehen. Außer organisatorischen Fragen werden zur Erörterung stehen die Resolvente „Student und Proletariat“, „Student und Wissenschaft oder sozialistische Bildungsarbeit“, „Hochschulpolitik und Jugendbewegung“, und „Fragen des internationalen Zusammenhanges“. Auskunft über alle den Kongreß betreffenden Fragen erteilen für sozialistische Interessenten Otto Stammer, Leipzig, Blumenstraße 3, für kommunistische Paul Reimann, Leipzig, Promenadenstr. 44. Am 14. März wird eine Vorbesprechung der sozialdemokratischen Delegierten stattfinden.

## Die anmaßenden Bayern

Das Volkische Telegraphenbureau verbreitet eine Meldung, wonach gelegentlich der Beratung des Staats des Innern des Staatshauses des bayerischen Landtags die Abgeordneten Dr. von Knilling und Dr. Ditt die Sprache auf die Tätigkeit der badischen Staatsanwaltschaft in der Erzbergerfrage brachten und von der Regierung Klärung forderten. Darauf gab der Minister des Innern, Dr. Schwenner, eine längere Erklärung ab, in der er feststellte, daß die badischen Strafverfolgungsbehörden in der Erzbergerfrage ihre gesetzliche Pflicht getan haben, die rechtliche Zuständigkeit der Offenbacher Staatsanwaltschaft bei ihrer Münchener Tätigkeit könne nicht bezweifelt werden. Dagegen hätten sich schwerwiegende Anhaltspunkte ergeben, die die bayerische Regierung zu der Annahme bringen müßten, daß neuerdings Berliner Uebergriffe vorgekommen seien. Die bayerische Regierung habe einen entschiedenen Protest nach Berlin gerichtet, um schnelle Klärung gebeten und bestimmte Abhilfemaßnahmen verlangt. Eine Antwort hierauf stehe noch aus.

Der Minister beschäftigte sich dann mit Pressäußerungen darüber und erklärte weiter, die bayerische Regierung habe es nicht an Energie fehlen lassen, um die bayerischen Rechte zu wahren, sie habe es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es keine größere Belastung für die Volkstimmung in Bayern geben könnte, als einen Eingriff in die bayerische Polizeihochheit. An der möglichst baldigen Klärung des Mordes an Erzberger habe die bayerische Regierung ein Interesse, aber Vorwissen, wie die vom 22. Februar, seien nicht öfter erträglich. Wenn auch das Vorgehen der badischen Staatsanwaltschaft eine Belastung gegen Dr. Müller ergeben habe, so sei doch die Aktion gegen alle übrigen Personen ein Hieb in die Luft gewesen.

Dem bayerischen Innenminister ist das Zugeständnis über die rechtmäßigen Handlungen der badischen Staatsanwaltschaft sicher sehr schwer geworden, bedeutet doch die Arbeit dieser durchaus objektiv vorgehenden Behörde ein deutliches Zeugnis für die teils stillschweigende, teils tatsächliche Unterstützung der Erzbergermörder durch die bayerischen Behörden, insbesondere durch das Münchener Polizeipräsidium. Es ist schlimm genug, wenn die bayerische Regierung erst von Reich wegen zur Erfüllung ihrer einfachsten Dienstobliegenheiten angehalten werden muß, und dem Innenminister einer so pflichtvergessenen Regierung steht es sehr schlecht an, sich über angebliche Uebergriffe durch die vorgelegte Behörde zu beschlagen. Die Forderung der anmaßenden Bayern nach Wahrung ihrer Polizeihochheit ist weiter nichts als das Verlangen, man solle diese Behörden bei der Unterstützung der Mordmörder nicht behindern. Diesem Verlangen kann keine Reichsregierung stattgeben, wenn sie nicht ihre moralische und politische Autorität gegenüber den Schüligen von politischen Mördern einfach preisgeben will.

## Die Reparationsfrage

### Die Beratungen der Finanzminister

CE. Paris, 7. März.

Zu den Beratungen der Finanzminister, die morgen in Paris beginnen sollen, schreibt der „Temps“: Von französischer Seite liegt ein Antrag vor, alle Zahlungen Deutschlands für die Jahre 1921 und 1922 gesondert zu behandeln. Dem steht der Wunsch Englands entgegen, die Verteilung für die beiden Jahre vorzunehmen. In der letzten Zeit, schreibt der „Temps“, ist ein Einverständnis darüber getroffen worden, daß von der ersten deutschen Goldmilliarde 500 Millionen für die englischen Besatzungskosten und 140 Millionen für die französischen Besatzungskosten aufgewendet werden sollen. Der Rest verbleibt für die belgische Priorität, ausgenommen die Summe von etwa 30 Millionen Goldmark, die in Italien aufbewahrt werden und diesem zufließen sollen. Bezüglich der Saarbergwerke wünscht Frankreich, daß man deren Wert zwar als ein Kapital ansehe, das auf das Kreditkonto Deutschlands gebucht werden solle, nicht aber als laufende Zahlung, die Frankreich für das Jahr 1921 anzurechnen wäre. Wenn dies geschähe, würde Frankreich von der ersten deutschen Goldmilliarde überhaupt nichts erhalten und für seine Auslagen für den Unterhalt seiner Besatzungskosten mehr zu zahlen haben als England. Hinsichtlich der Bestimmung der Höhe der Besatzungskosten wünscht Frankreich, daß nicht für die einzelnen Mächte eine Pauschale festgesetzt werde, sondern im Verhältnis der Zahl der einzelnen Besatzungsheere. Einen breiten Raum in

den Erörterungen wird das **Lesbadener Abkommen** einnehmen. Von den unlängst in Berlin zwischen Bismarck und der deutschen Regierung getroffenen Abmachungen will Frankreich nicht viel wissen. Man zieht hier das Lesbadener Abkommen vor, weil es Frankreich nicht nur höhere Steuern in Gestalt von Sachlieferungen zugestehen würde als das Londoner Ultimatum, sondern auch einen Kredit von deutscher Seite verschaffen würde, der erst nach zehn Jahren zurückzahlen ließe. Im übrigen regt der „Temps“ die Ausgabe einer großen internationalen Ausgabe sowie Schuldennachschlag unter den Alliierten an.

## Die Frage der Militärkontrolle

### Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort?

Paris, 7. März.

Be der „Petit Parisien“ mitteilt, wird über die Frage der Militärkontrolle weiter zwischen den vier Regierungen verhandelt. In der Sitzung der Vorkonferenz vom Sonnabend scheint ein Kompromiß zustande kommen zu sein. Auf englischer Seite hat man darauf verzichtet, die Frage der händigen Kontrolle mit der Frage der Zurückziehung der militärischen Sanktionen zu verbinden, und auf französischer Seite hat man eingewilligt, daß die Verlängerung der Kontrolle, und zwar der militärischen, der maximalen ab der Luftfahrzeugkontrolle, geprüft werde. Jedoch ist die Schwierigkeit nur aufgehoben, denn selbst wenn die internationalisierte Militärkontrollkommission einen Entwurf zustande bringt, fragt es sich, ob die Entscheidungen von Deutschland angenommen würden. Es werde ohne Zweifel versucht werden, das Einverständnis Deutschlands durch das Zugeständnis der Räumung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg zu erlangen.

## Eine berechtigte Forderung

Wie wir im gestrigen Abendblatt bereits mitgeteilt haben, hat die französische Liga für Menschenrechte beim Ministerpräsidenten Poincaré beantragt, die Veröffentlichung der Kriegsakten zu veranlassen.

Selbst von der französischen Liga für Menschenrechte ist diese Forderung zu erheben bisher abgelehnt worden. Wenn sie jetzt endlich erhoben wird, so ist das ein erfreuliches Zeugnis für die Verbreitung der Erkenntnis, daß die Kriegsakten aller beteiligten Länder zur Kenntnis der Öffentlichkeit und zur uneingeschränkten Bearbeitung durch exakte wissenschaftliche Forschung gelangen müssen, wenn anders über die Vorgänge zum Weltkrieg eine lückenlose Klarheit herrschen soll. Allerdings bedeutet die wissenschaftliche Bearbeitung der Kriegsakten ein Stück politischer Geschichte, und deshalb muß auch in Frankreich verdrängert werden, daß die Veröffentlichung der Akten etwa nur teilweise geschieht und zu einem Rechtfertigungsmandat des Chauvinisten Poincaré und seiner Helfershelfer wird. Die Garantie für eine objektive Auswertung der Kriegsakten ist nur gegeben, wenn Sozialisten oder zumindest ehrliche Pazifisten dabei entscheidend mitwirken.

## Balfour für die Koalition

London, 7. März. (W. T. B.)

Sir Arthur Balfour sprach heute nachmittag in seiner mit größter Spannung erwarteten Rede im City Carlton Club nachdrücklich und ohne Einschränkungen für die Koalitionregierung. Er sagte, nach seiner Ansicht seien die Interessen des Landes am besten den Händen einer Regierung anvertraut, die von der großen nationalen Partei unterstützt werde, deren einem Flügel er angehöre. Das Zweiparteiensystem sei für gutes Wetter geschaffen. Wenn sich die Parteien nicht vereinigt hätten, wäre der Krieg nie gewonnen worden. Die Fragen, die seit dem Kriege entstanden seien, könnten nicht so lange nach Parteiengründungen entschieden werden. Die richtige Frage sei hierfür ein schlagender Beweis. Es sei vollkommen klar, daß infolge aller augenblicklichen Umstände für absehbare Zeit das innige und freundschaftliche Zusammenwirken fortgesetzt werden müsse, das bisher so gute Ergebnisse gezeitigt habe.

Niemals sei dieses Zusammenwirken notwendiger gewesen als augenblicklich und dies sei der Grund, weshalb es sich noch in niger gestalten sollte. Lloyd George sei eine der größten Gestalten in der Weltgeschichte. Die Interessen des Landes würden nicht gefördert, wenn man Lloyd George schwäche. Es liege eine sehr ernste Verantwortung übernehmen, wenn man die Regierung schwächen wolle, die jetzt vor dem Angesicht von ganz Europa als Vertreterin der feste des festesten Konservatismus und sichersten Staates in der gesamten westlichen Zivilisation. Balfour forderte zum Schluß seiner Rede keine konservativen Freunde auf, der Koalitionregierung, deren Lasten seiner Ansicht nach von keiner anderen Regierung mit größerem Erfolge getragen werden könnten, volle Unterstützung zu leisten. Die Koalitionregierung habe das Recht, die volle und ganze Unterstützung zu fordern, ohne die Großbritannien in Europa nicht den Einfluß geltend machen könne, den es allein besitze und den es, wie er ehrlich glaubt, für den Frieden der Menschheit anwende.

## Die polnische Krise

D. E. Warschau, 7. März.

In einer Sitzung des Senats erklärte der Sejm-Marschall Trompczynski, daß die Verhandlungen mit der Wiener Delegation bisher kein Ergebnis gezeitigt hätten. Ponikowski hielt auf dem Standpunkt, daß sein Kabinett, welches zunächst die Geschäfte weiterführt, auf die Bedingungen der Wilna-Delegation unter keinen Umständen eingehen könne. Der „Kurjer Warszawski“ schreibt: Wenn der Sejm die Zugeständnisse an die Wiener Delegation für notwendig halte, so müsse er schleunigst eine neue Regierung bilden, mit einem klaren und zielbewußten Programm. Inzwischen würde die Bildung eines neuen Kabinetts große Schwierigkeiten bieten. Die Kombination eines neuen Witos-Kabinetts als Zentrumregierung mit von Hall zu Hall zwischen Rechts und Links wechselnder Mehrheit wird in Sejmkreisen angesichts der heftigen Opposition der äußersten Linken und Rechten als wenig aussichtsreich betrachtet. Es läme vielleicht ein Beamtenministerium in Frage.

Verhärtung der Geschäftsordnung im Madenburger Landtag. Die bürgerliche Presse, die wegen der Aeußerungen des kommunistischen Abgeordneten von Wagnen in der Landtagsitzung vom 9. Dezember v. J. ihre Berichterstattung über die Landtagsitzungen eingestellt hatte, hat sich nunmehr zur Wiederaufnahme der Berichterstattung bereit erklärt, nachdem durch den Abgeordneten Erathropel im Landtage ein Antrag eingebracht worden ist, der die Bestimmungen der Geschäftsordnung zur Stärkung des Ansehens des Vorstehenden und zur Wahrung der Würde des Hauses einer Verhärtung unterzogen wissen will.

Sachverständigenkonferenz der Kleinen Entente. Die Konferenz der Sachverständigen der Kleinen Entente wurde gestern im Offizierrklub in Belgrad eröffnet. Zwischen den Vertretern Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Polens fanden gestern Vorbesprechungen zur Festlegung des Arbeitsprogramms statt.





Die Gemeindearbeiter-Lohnbewegung

Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums

Wie wir bereits mehrfach mitgeteilt haben, sind am 22. Februar vom Lohnrat der Gemeindearbeiter dem Magistrat neue Lohnforderungen für die städtischen Arbeiter eingereicht worden.

Das vom Reichsarbeitsministerium gestellte Schiedsgericht begann seine Arbeit gestern vormittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Möllendorf.

- 1. bis zum 18. Lebensjahr . . . . . 200,- M.
2. vom 18. bis 21. Lebensjahr . . . . . 300,- „
3. vom 22. bis 24. Lebensjahr . . . . . 400,- „
4. über 24 Jahre . . . . . 500,- „

Weiter sieht der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums eine Stundenloohnerhöhung, die vom 1. März an gelten soll, in folgenden Sätzen vor:

- bis zum 18. Lebensjahr . . . . . 1,- M.
vom 18. bis 21. Lebensjahr . . . . . 1,50 „
vom 22. bis 24. Lebensjahr . . . . . 2,- „
über 24 Jahre . . . . . 2,50 „

Die weiblichen Arbeiterinnen erhalten von den oben genannten Sätzen durchgängig 80 Prozent. Der Schiedspruch soll bis zum März gelten.

Die Regelung des Lohnes der städtischen Arbeiter, für den noch immer die Sätze des im Herbst vorigen Jahres abgeschlossenen achten Lohnrats gelten, hat sich durch die langwierigen Verhandlungen und den Streit um den Manteltarif hinausgezögert.

Die erweiterte Tarifdeputation der Gemeindearbeiter wird heute mittag zu dem Schiedspruch Stellung nehmen und wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wahrscheinlich beschließen, eine Forderung zu stellen, die dem Schiedspruch gegenüber eine Erhöhung der Lohnsätze angenommen wird.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Erstmalig aus dem Russischen von Eugen Schall

Jeden Tag gerieten Schwiegermutter und Schwiegertochter aneinander in die Haare. Ich staunte jedesmal, wie rasch und leicht das bei ihnen ging.

„Meine Mama hat das anders gelocht!“
„Anders? Das heißt natürlich: schlechter!“
„Im Gegenteil, besser hat sie es gelocht!“

„Nun macht aber Schlug, ihr bißigen Hühner!“ mischte der Hausherr sich ein. „Seid ihr denn ganz verrückt geworden?“

„Alles im Hause hatte einen absonderlichen, lächerlichen Anstrich. Der Weg von der Küche nach dem Schlafzimmer führte an dem einzigen kleinen, engen Kiolett vorüber.“

der Gesamtheit den Schiedspruch annehmen, so darf auf der anderen Seite von dem Magistrat erwartet werden, daß er ebenfalls ohne jedes Zögern zustimmt.

Sabotage des Elternbeirats

Zum Kapitel Schullektion

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Einrichtung der Elternbeiräte kann nur dann ihren Zweck erfüllen und Gutes im Interesse der Schule schaffen, wenn Lehrerschaft und Elternbeiräte gemeinsam im besten Einvernehmen arbeiten.

Der Elternbeirat sieht sich nun genötigt, eine neue Versammlung am Donnerstag, den 9. März, abends 7 Uhr, in der Schulaula Lütticher Str. 47-48 abzuhalten.

Sozialistische Eltern und Parteigenossen, erscheint in dieser Versammlung und gebt der deutschnationalen Gesellschaft die richtige Antwort!

Die Vollmilchsorten für den Monat April 1922 werden in sämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar in Alt-Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahr am Freitag, den 10. Sonnabend den 11. und Montag, den 13. für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahr am Dienstag, den 14. Mittwoch, den 15. und Donnerstag, den 16. März 1922.

Am Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Berlin Bezirks-Frauentreffen

Auf der Tagesordnung steht: Referat der Genossin Seger über „Unsere proletarische Frauenbewegung“

dunklen, fensterlosen Schlafzimmer standen, außer einem breiten Bett, etliche Schränke und Koffer, die stark nach Anisfer und Kamillen rochen.

„Hörst du, Wasja?“ wandte sich die Hausfrau entrüstet an ihren Gatten. „Sag ihm doch, daß er mich nicht so ansprechen soll!“

„Hörst du, Wasja?“ wandte sich die Hausfrau entrüstet an ihren Gatten. „Sag ihm doch, daß er mich nicht so ansprechen soll!“

„Hörst du, Wasja?“ wandte sich die Hausfrau entrüstet an ihren Gatten. „Sag ihm doch, daß er mich nicht so ansprechen soll!“

„Hörst du, Wasja?“ wandte sich die Hausfrau entrüstet an ihren Gatten. „Sag ihm doch, daß er mich nicht so ansprechen soll!“

misch. Der ermäßigte Kartennilchpreis kann allerdings nur dadurch beibehalten werden, daß ein erheblicher Teil der vom Reich zur Aufrechterhaltung der Milchversorgung während der schwierigsten Monate zur Verfügung gestellten Mittel zur unmittelbaren Markterhaltung verwendet wird.

Die neuen Kohlenpreise

Die ab 1. d. M. eingetretene Erhöhung der Großhandelspreise für Kohle und die zwanzigprozentige Steigerung der Bahnfrachten haben eine entsprechende Herabsetzung der Kleinverkaufspreise erforderlich gemacht.

Das Goldgehalt des Reichspräsidenten

Wie Gerüchte entstehen, zeigt ein Fall, der die hiesige Kriminalpolizei beschäftigt. Seit einiger Zeit wurde in Baden, Göttingen, Hildesheim, Kassel, München, Regensburg, Tübingen, Wiesbaden und anderen Orten Gerüchte verbreitet, daß der Reichspräsident ein beträchtliches Goldvermögen besitze.

Die verbotene Schulfahne

Eine bürgerliche Korrespondenz schreibt: Als Beginn der Werbemaße für die Jugendherbergen veranstaltete die Jugendbewegung am Sonntag einen großen Umzug durch den Ort.

schreien begann. Der Hausherr stürzte ihr nach, bückte sich vor der verriegelten Tür, stemmte sich mit den Armen dagegen und rief mich heran:

„Nach, Junge — keine auf meine Schultern, schlag' das Fenster oben ein und schick' den Kiesel zurück!“
Ich sprang stiefel auf seinen Rücken, schlug die Scheibe über der Kiolettür ein und neigte mich vor, um die von innen verriegelte Tür zu öffnen.

„Was habt ihr hier zu suchen? Macht, daß ihr fortkommt!“ schrie Viktor.

„Hörst du, Wasja?“ wandte sich die Hausfrau entrüstet an ihren Gatten. „Sag ihm doch, daß er mich nicht so ansprechen soll!“

„Hörst du, Wasja?“ wandte sich die Hausfrau entrüstet an ihren Gatten. „Sag ihm doch, daß er mich nicht so ansprechen soll!“

Aus der Kinderstube ertönte vorwurfsvoll die leise Stimme der Hausfrau: „Nur so wohl nicht bei Troste? Das Kind schläft, und ihr singt!“

(Fortsetzung folgt)

